

# **AUFSTIEG DURCH BILDUNG FÜR ALLE**

*Dank Ausbildungspakt, Ausbildungsbonus und Meister-BAföG-Reform*



**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## **IMPRESSUM**

### **Herausgeberin:**

SPD-Bundestagsfraktion, Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

### **Bezug:**

SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
oder unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

### **Text:**

Stefan Hintermeier

### **Redaktion:**

Anja Linnekugel

### **Bilder:**

BilderBox Bildagentur GmbH (S. 8)  
iStockphoto (S. 2, 4, 10, 12)

### **Gestaltung:**

Zum goldenen Hirschen Berlin GmbH, Schlesische Straße 26, 10997 Berlin oder unter [www.hirschen.de](http://www.hirschen.de)

Juli 2009

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.  
Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.



# ***INHALT***

<b>DUALE AUSBILDUNG ZUKUNFTSFEST MACHEN</b>	Seite <b>4</b>
<b>UNTERNEHMEN IN DIE PFLICHT NEHMEN</b>	Seite <b>5</b>
<b>BENACHTEILIGTE JUGENDLICHE UND ALTBEWERBER UNTERSTÜTZEN</b>	Seite <b>8</b>
<b>ÜBERGANG VON DER SCHULE IN DIE AUSBILDUNG FÖRDERN</b>	Seite <b>10</b>
<b>SCHUTZSCHIRM FÜR AUSBILDUNG</b>	Seite <b>11</b>
<b>RECHT AUF AUSBILDUNG SICHERN</b>	Seite <b>12</b>
<b>BERUFLICHER AUFSTIEG DURCH FORTBILDUNG</b>	Seite <b>13</b>
<b>FAZIT</b>	Seite <b>16</b>



PERSPEKTIVEN  
SCHAFFEN

## **LIEBE LESERINNEN UND LESER,**

eine gute Berufsausbildung ist für die meisten Menschen die wichtigste Grundlage für einen erfolgreichen Berufseinstieg. Eine gute Ausbildung sichert Zukunftschancen – für junge Menschen und für die Betriebe. Sie gibt Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine berufliche Perspektive. Und sie sichert den dringend benötigten Nachwuchs an qualifizierten Fachkräften.

Alle Menschen haben das Recht auf gute Bildung und Ausbildung. Im Mittelpunkt der Berufsbildungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion steht daher das Ziel, alle ausbildungswilligen jungen Menschen in Ausbildung zu bringen.

Die duale Berufsausbildung ist eine tragende Säule des deutschen Bildungssystems. Die Verbindung schulischer und betrieblicher Ausbildung ist ein Erfolgsmodell und ist international anerkannt.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich in den letzten Jahren entschlossen dafür engagiert, das duale Berufsbildungssystem zukunftsfest zu machen, benachteiligte Jugendliche gezielt zu fördern und die schwierige Lage am Ausbildungsmarkt zu entspannen. Vieles haben wir für die jungen Menschen bereits erreicht – und einiges bleibt noch zu tun.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und Studieren!

**MODERNISIERUNG DER AUSBILDUNGSBERUFE**



Damit die betriebliche Ausbildung qualitativ hochwertig und für die Unternehmen attraktiv bleibt, müssen die Ausbildungsberufe laufend modernisiert und an neue Entwicklungen der Arbeitswelt und ihre Anforderungen angepasst werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Modernisierung des dualen Berufsbildungssystems in Angriff genommen und zu einem Schwerpunkt der politischen Arbeit gemacht. Wir haben in den letzten zehn Jahren den größten Modernisierungsschub bei den Ausbildungsberufen initiiert, den es je gab. Wir haben das Berufsbildungsgesetz reformiert und die duale Berufsbildung international wettbewerbsfähiger gemacht.

Dabei halten wir klar an der Ganzheitlichkeit der Ausbildung und am Berufsprinzip fest. Nur wer einen Beruf ganzheitlich erlernt, kann später auf veränderte Anforderungen selbständig reagieren. Außerdem wollen wir nicht, dass sich junge Menschen ihre Ausbildung wie einen Baukasten aus getrennten Modulen zusammenstückeln müssen. Deswegen wird es mit uns keine Zerstückelung von Ausbildungsberufen in Einzelmodule geben, wie es manche Arbeitgeberverbände und Vertreter der Union fordern.

Wir setzen stattdessen auf einen Modernisierungsansatz, wie ihn etwa die Gewerkschaften und Kammern vorgeschlagen haben. Um der Zersplitterung und Überfrachtung der Ausbildungsberufe entgegenzuwirken, werden wir die Ausbildungsberufe zu Berufsfamilien zusammenführen und das duale System strukturell transparenter und zukunftsfester machen.

## DER AUSBILDUNGSPAKT

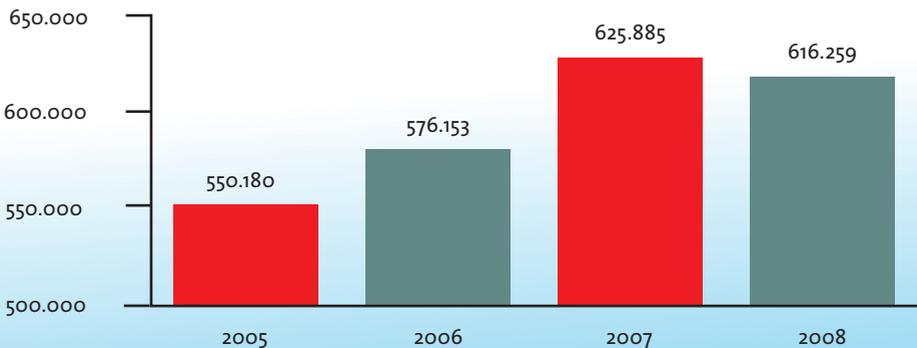
Die Unternehmen tragen die Hauptverantwortung für die berufliche Bildung in Deutschland. Vor allem der Mittelstand ist das Rückgrat des dualen Berufsbildungssystems: 80 % der Ausbildungsplätze werden von kleineren und mittleren Unternehmen angeboten.

Nachdem das Angebot an Ausbildungsplätzen über mehrere Jahre rückläufig war, hat die SPD-Bundestagsfraktion im Jahr 2004 den Ausbildungspakt mit auf den Weg gebracht, um die Wirtschaft zu einer Stärkung der Ausbildungsleistung zu verpflichten. Im Pakt hat die Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft das Ziel vereinbart, allen ausbildungswilligen Jugendlichen ein Angebot auf Ausbildung zu machen. Inzwischen wurde der zunächst auf drei Jahre befristete Ausbildungspakt bis 2010 verlängert.

Kern des Ausbildungspaktes ist die Zusage der Wirtschaft, jährlich 60.000 neue Ausbildungsplätze anzubieten, 30.000 Ausbildungsbetriebe einzuwerben und eine ausreichende Zahl an Praktikumsplätzen für die betriebliche Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung hat sich im Gegenzug u. a. dazu verpflichtet, die EQJ-Praktika zu fördern und Ausbildungsprogramme fortzuführen.

## NEU ABGESCHLOSSENE AUSBILDUNGSVERTRÄGE

(Stichtag: 30.09.08)



Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB).

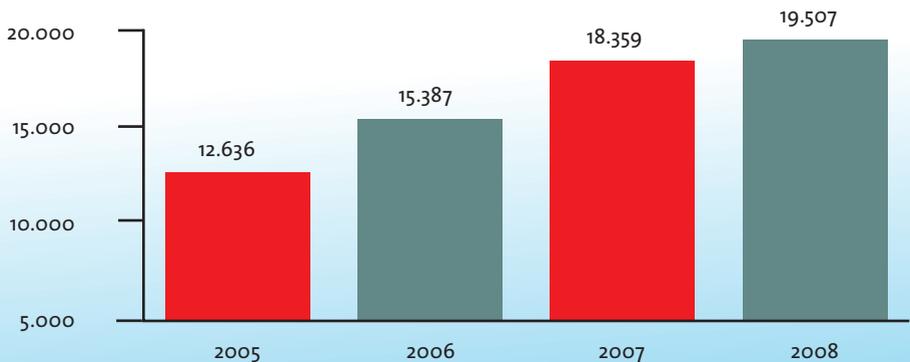
2006 konnten mit 576.000 Ausbildungsverträgen so viele Lehrstellen verzeichnet werden wie seit 2001 nicht mehr. 2007 wurde mit einer weiteren Steigerung auf 626.000 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge der zweithöchste Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. 2008 wurde die Marke von 600.000 Ausbildungsverträgen erneut deutlich überschritten.

Auch die Zahl der am Ende des Vermittlungszeitraums von der Bundesagentur für Arbeit (BA) nicht in Ausbildung oder alternative Maßnahmen vermittelten Jugendlichen konnte deutlich reduziert werden. Am Ende des Ausbildungsjahres 2008 waren bei der BA sogar erstmals seit langem wieder mehr offene Lehrstellen als „unversorgte“ Bewerberinnen und Bewerber gemeldet.

Kurz: Der Ausbildungspakt hat in den letzten Jahren vielen Jugendlichen zu einem Ausbildungsplatz verholfen.

## UNBESETZTE AUSBILDUNGSPLÄTZE

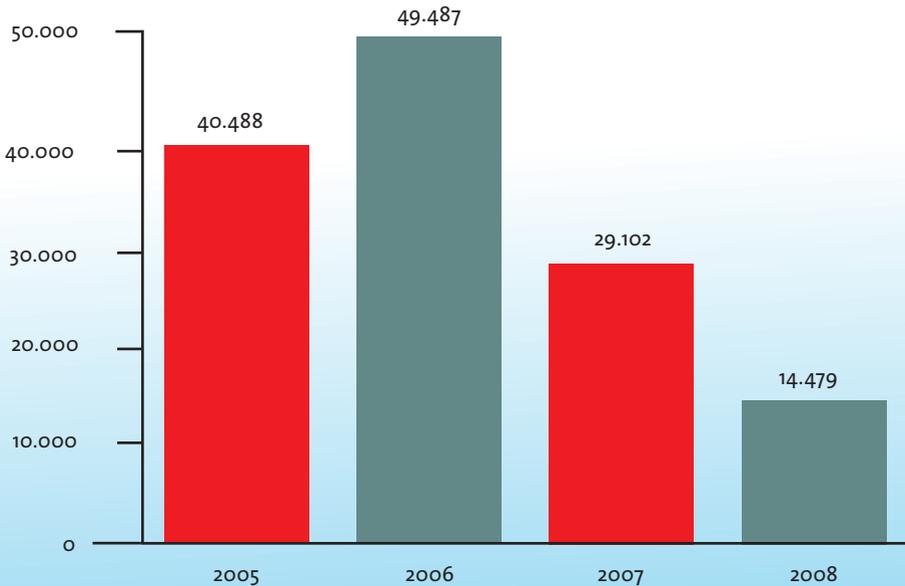
(Stichtag: 30.09.08)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA).

## UNVERMITTELTE JUGENDLICHE

(Stichtag: 30.09.08)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA).

Bei allen Erfolgen ist aber auch klar geworden, dass der Pakt wichtige strukturelle Probleme am Ausbildungsmarkt nicht lösen kann. Noch immer deckt das Angebot an Ausbildungsplätzen nicht den tatsächlichen Bedarf, noch immer landen zu viele Jugendliche in Warteschleifen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher bereits im Zuge der Verlängerung des Ausbildungspaktes 2007 gefordert, den Pakt effektiver zu machen, verbindlichere Vereinbarungen für einen jährlichen Zuwachs an Ausbildungsplätzen zu treffen und spezifische Maßnahmen für bestimmte Zielgruppen – wie etwa Migrantinnen und Migranten – vorzusehen. Wenn 2010 erneut die Zukunft des Ausbildungspaktes auf der Tagesordnung steht, werden wir uns dafür einsetzen, den Pakt weiterzuentwickeln.

### DER AUSBILDUNGSBONUS

Die Jahre 2007 und 2008 waren mit deutlich über 600.000 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen Rekordjahre des Ausbildungspaktes. Trotzdem wurde deutlich, dass noch immer zu viele Bewerberinnen und Bewerber keinen Ausbildungsplatz finden und stattdessen in berufsvorbereitenden Maßnahmen oder sonstigen Warteschleifen landen.

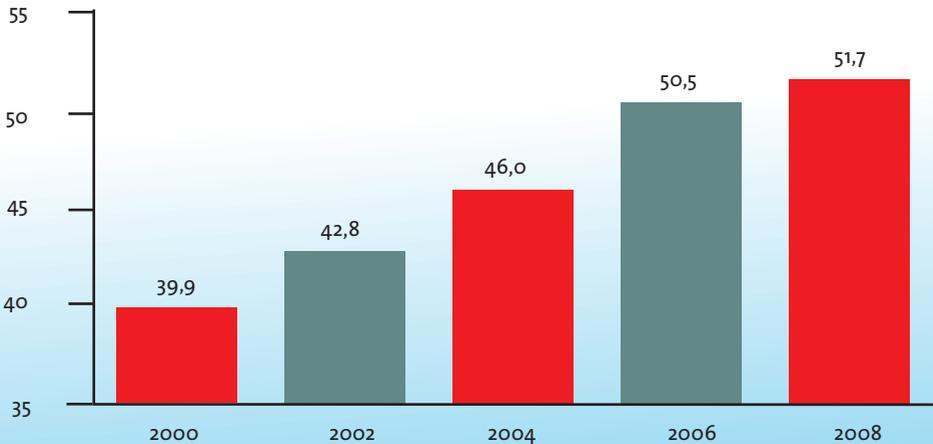


Ein Teil dieser jungen Menschen gibt die Suche irgendwann auf und landet in unqualifizierter Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit. Ein anderer Teil sucht weiter einen Ausbildungsplatz, manchmal über mehrere Jahre. Der Anteil dieser sogenannten Altbewerberinnen und Altbewerber ist in den letzten Jahren gestiegen und liegt derzeit bei etwa der Hälfte aller Ausbildungssuchenden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat auf dieses Problem reagiert. Um jungen Menschen, die schon lange vergeblich eine Lehrstelle suchen, gezielt unter die Arme zu greifen, hat der Deutsche Bundestag 2008 auf Initiative der SPD den sogenannten Ausbildungsbonus beschlossen. Der Ausbildungsbonus ist ein bis Ende 2010 befristetes Sonderinstrument, das förderungsbedürftigen Jugendlichen helfen soll, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden.

Der Bonus in Höhe von 4.000 bis 6.000 Euro kann von Betrieben bei der BA beantragt werden, wenn sie zusätzliche Ausbildungsplätze für förderungsbedürftige Altbewerber anbieten. Einen Rechtsanspruch auf Förderung haben Arbeitgeber, die lernbeeinträchtigte oder sozial benachteiligte Jugendliche oder Altbewerber mit maximal Hauptschulabschluss einstellen. Als Ermessensleistung können darüber hinaus zusätzliche Ausbildungsplätze für junge Menschen gefördert werden, die über einen mittleren Schulabschluss verfügen oder schon mehr als zwei Jahre vergeblich gesucht haben.

## ANTEIL DER BEWERBER/-INNEN AUS FRÜHEREN SCHULENTLASSUNGSJAHREN UNTER DEN AUSBILDUNGSSUCHENDEN (IN PROZENT)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA).

Mit dem Ausbildungsbonus für Altbewerber hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Idee der Gewerkschaften und der Wirtschaft aufgegriffen. Wir geben damit vielen jungen Menschen zusätzliche Chancen und leisten einen wichtigen Beitrag, um die hohe Nachfrage von Altbewerbern am Ausbildungsmarkt abzubauen. Wir fördern Ausbildung statt Warteschleifen, beugen Arbeitslosigkeit vor und aktivieren zusätzliche Lehrstellen.

Außerdem haben die Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um außerbetriebliche Ausbildungsplätze für benachteiligte bzw. unvermittelte Jugendliche bereitzustellen. Bund und Länder fördern mit dem Ausbildungsprogramm Ost betriebsnahe Ausbildungsplätze in den neuen Bundesländern. Die BA hat 2007 knapp 50.000 und 2008 knapp 40.000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze finanziert.

### **EINSTIEGSQUALIFIZIERUNG UND BERUFSEINSTIEGSBEGLEITUNG**

Das mit dem Ausbildungspakt geschaffene Instrument der betrieblichen Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) hat sich als erfolgreiche Brücke in die Ausbildung erwiesen. Der Ansatz, benachteiligten Jugendlichen durch geförderte Einstiegspraktika in Unternehmen berufspraktische Fähigkeiten zu vermitteln und ihre Ausbildungsreife zu verbessern, zeigt Wirkung: 70 % der Praktikantinnen und Praktikanten erhalten im Anschluss einen Ausbildungsplatz. Aufgrund dieses Erfolgs haben wir die Einstiegsqualifizierung zu einem Regelinstrument im Arbeitsförderungsrecht gemacht.

Um benachteiligte Jugendliche schon frühzeitig beim Übergang von der Schule in eine Ausbildung gezielt zu unterstützen, haben wir 2008 außerdem die professionelle Berufseinstiegsbegleitung eingeführt. Wir haben beschlossen, die Berufseinstiegsbegleitung zunächst an 1.000 Schulen modellhaft zu erproben. Aufgabe der Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter ist es, benachteiligten Jugendlichen bei der Vorbereitung auf den Schulabschluss, bei der Berufswahl und bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz individuell zu helfen. Das Projekt ist im Februar 2009 an den Start gegangen.

Die SPD-Bundestagsfraktion verfolgt das Ziel, die Förderangebote zur Berufsorientierung, Berufsvorbereitung und Übergangsbegleitung zwischen Schule und Ausbildung effektiver zu gestalten. Wir wollen den Übergang von der Schule in das Arbeitsleben neu ordnen und aus Warteschleifen übersichtliche Wege in Ausbildung und Beruf machen.



## AUSBILDUNG KRISENFEST MACHEN

Die derzeitige Konjunkturkrise stellt den Ausbildungsmarkt vor neue Herausforderungen. Zwar halten viele Unternehmen und Betriebe trotz der Wirtschaftskrise an ihrer Ausbildungsleistung fest. Sie nehmen ihre Verantwortung wahr und bilden auf ähnlichem Niveau aus wie in den Vorjahren. Aber es gibt auch viele Unternehmen, in denen das nicht der Fall ist. Insbesondere in den alten Ländern brechen vielen Betrieben die Aufträge weg. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist gestiegen.

Für die Jugendlichen könnten diese Entwicklungen zur Folge haben, dass Bewerberinnen und Bewerber durch einen Einbruch beim Ausbildungsangebot schlechtere Chancen haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Außerdem erhöht sich das Risiko, dass mehr Auszubildende ihren Ausbildungsplatz durch die Insolvenz ihres Ausbildungsbetriebes verlieren.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Die Jugendlichen dürfen nicht zu den Verlierern der Wirtschaftskrise werden. Die Wirtschaftskrise darf nicht zur Ausbildungskrise werden. Deswegen müssen alle Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft alles dafür tun, um den Ausbildungsmarkt krisenfest zu machen und die jungen Menschen gegen die negativen Auswirkungen der konjunkturellen Entwicklung abzusichern.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher bereits im Frühjahr 2009 Maßnahmen für einen „Schutzschirm für Ausbildung“ vorgeschlagen. Im Ergebnis konnten wir noch vor der parlamentarischen Sommerpause gesetzliche Änderungen beim Ausbildungsbonus im Bundestag beschließen, um Auszubildende leichter und effektiver zu fördern, die ihren Ausbildungsplatz durch Insolvenz verloren haben. Wenn ein anderer Betrieb es diesen Auszubildenden ermöglicht, ihre Ausbildung fortzusetzen, dann kann er dafür künftig den Ausbildungsbonus erhalten – und zwar unabhängig davon, ob der Ausbildungsplatz im Betrieb zusätzlich eingerichtet wird oder der Auszubildende nur schwer vermittelbar ist.

Um das Ausbildungsniveau zu stabilisieren, haben wir außerdem dafür gesorgt, dass die BA die Förderung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze bei Bedarf deutlich über das bislang geplante Maß hinaus aufstocken kann. Des Weiteren fordert die SPD-Bundestagsfraktion, auch das Ausbildungsprogramm Ost deutlich aufzustocken und auf die alten Bundesländer auszuweiten. Leider ist die CDU/CSU-Fraktion dazu bislang nicht bereit.

**DIE AUSBILDUNGSGARANTIE**

Klar ist: Gerade in der Wirtschaftskrise dürfen die Unternehmen nicht kurzfristig handeln. Vorausschauende Personalpolitik ist gefragt, um dem ökonomischen Interesse an der langfristigen Absicherung der Fachkräftebasis gerecht zu werden. Die SPD-Bundestagsfraktion wird die Wirtschaft nicht aus dieser Pflicht entlassen. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist aber auch klar, dass der Staat ausgleichend eingreifen muss, wenn nicht sichergestellt ist, dass alle jungen Menschen ihr Recht auf Ausbildung wahrnehmen können. Die Arbeitsmarkt- und Teilhabechancen von Menschen ohne Berufsabschluss werden sich in den kommenden Jahren weiter verschlechtern. Deswegen ist es nicht hinnehmbar, dass heute fast jeder sechste Jugendliche ohne Berufsabschluss bleibt. Das sind etwa 1,45 Millionen junge Leute zwischen 20 und 29 Jahren.



Die SPD-Bundestagsfraktion ist entschlossen, dies zu ändern. Wir wollen, dass kein junger Mensch Anfang 20 ohne Berufsausbildung oder Abitur dasteht. Deswegen wollen wir eine gesetzliche Berufsausbildungsgarantie für alle schaffen, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben. Wir setzen uns dafür ein, dass sie eine Chance auf außerbetriebliche Ausbildungen bekommen und sich so in Berufen mit Arbeitskräftebedarf qualifizieren können. Außerdem wollen wir es jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne Ausbildung ermöglichen, möglichst ohne Einkommensverlust in ihrem Betrieb eine Ausbildung nachzuholen. Auf diese Weise wollen wir den von uns durchgesetzten und seit Anfang Januar 2009 bestehenden Rechtsanspruch auf Förderung beim Nachholen eines grundlegenden Schulabschlusses ergänzen.

### **MEISTER-BAFÖG-REFORM 2009**

Das Meister-BAföG (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz oder kurz: AFBG) steht wie kaum ein anderes Gesetz für den sozialdemokratischen Ansatz, Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion hat die Große Koalition das Meister-BAföG 2009 reformiert. Mit der Reform geben wir mehr Menschen bessere Aufstiegsmöglichkeiten durch Weiterbildung und leisten einen wichtigen vorbeugenden Beitrag gegen Fachkräftemangel.

Das Meister-BAföG garantiert einen individuellen Rechtsanspruch auf Förderung von Fortbildungen für den beruflichen Aufstieg. Gefördert werden beispielsweise Handwerker und andere Fachkräfte, die sich auf einen Fortbildungsabschluss als Handwerks- oder Industriemeister, Techniker, Betriebswirt oder auf eine vergleichbare Qualifikation vorbereiten.

Die Förderleistungen werden zum Teil als Zuschuss und teilweise als zinsgünstiges Darlehen gewährt:

- Der Beitrag für die Fortbildungsmaßnahme wird unabhängig von Einkommen und Vermögen gewährt. Er umfasst einen Beitrag zu den Lehrgangs- und Prüfungsgebühren bis maximal 10.226 Euro sowie einen Beitrag zu den Kosten des Prüfungsstücks.
- Der Beitrag für den Lebensunterhalt wird bei Vollzeitmaßnahmen gezahlt. Er ist einkommens- und vermögensabhängig und umfasst auch einen Beitrag für Kinder.
- Alleinerziehende erhalten außerdem einen Kinderbetreuungszuschlag.

### **FORTBILDUNG FÜR DEN BERUFLICHEN AUFSTIEG WIRD ATTRAKTIVER**

Am 1. Juli 2009 ist die Reform des Meister-BAföG in Kraft getreten. Damit gelten für alle neu beginnenden Aufstiegsfortbildungen deutlich verbesserte Förderkonditionen. Die Geförderten werden spürbar entlastet, vor allem wenn sie eine Familie haben. Außerdem werden nun mehr Qualifizierungen gefördert und die Unterstützung von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit wird deutlich ausgebaut. Zudem wurde die Förderung flexibler gestaltet und Förderlücken wurden geschlossen.

## Die wichtigsten Maßnahmen im Einzelnen:

- **Flexibilisierung der Förderung:** Künftig besteht Anspruch auf Förderung einer Aufstiegsfortbildung, die nicht mehr zwingend die „erste“ Fortbildung sein muss.
- **Erweiterung der förderfähigen Aufstiegsfortbildungen:** Aufstiegsfortbildungen in der ambulanten und stationären Altenpflege sowie zum Erzieher oder zur Erzieherin wurden in den Förderbereich aufgenommen.
- **Verbesserung der Familienförderung:** Der Kinderzuschlag beim Unterhaltsbeitrag wurde von bisher 179 Euro auf 210 Euro angehoben. Er wird künftig nicht mehr als VollDarlehen, sondern zur Hälfte als Zuschuss ausbezahlt. Außerdem wurde der Kinderbetreuungszuschlag für Alleinerziehende pauschalisiert. Er wird jetzt in Höhe von 113 Euro monatlich pro Kind ohne Kostennachweis bis zum zehnten Geburtstag gezahlt. Bei der Betreuung behinderter Kinder ist diese Altersbegrenzung entfallen.
- **Belohnung erfolgreicher Fortbildungsabschlüsse:** Zusätzlich zum bestehenden Zuschuss zu den Maßnahmekosten von 30,5 % wird nun bei Bestehen der Prüfung ein weiterer Erlass von 25 % auf das Restdarlehen für die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren gewährt. Insgesamt ist so ein Zuschuss von knapp 48 % der Maßnahmekosten erreichbar.
- **Bessere Anreize für Existenzgründer und -gründerinnen zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen:** Sie haben neue Anreize zur Einstellung von Beschäftigten erhalten, die zudem künftig auch für die Einstellung von Auszubildenden gelten.
- **Verbesserung der Förderung ausländischer Staatsangehöriger:** Ausländische Staatsangehörige mit Perspektive auf dauerhaften Aufenthalt, die eine Fortbildung für ihren beruflichen Aufstieg machen wollen, können nun auch ohne vorherige Mindestberufszeiten gefördert werden, wenn sie schon länger in Deutschland leben.
- **Außerdem wurde die bisher bestehende Förderlücke bei der Prüfungsphase geschlossen.** Dies bedeutet, dass bei Qualifizierungsmaßnahmen, die in Vollzeit absolviert werden, auch zwischen dem Ende der Fortbildung und der Anfertigung des Prüfungsstücks bzw. dem Ablegen der Prüfung der Beitrag zum Lebensunterhalt bis zu drei Monate als Darlehen weitergezahlt wird. Dies ist eine deutliche Entlastung für alle, die an einer solchen Qualifizierung teilnehmen und sie mit einer Prüfung erfolgreich abschließen wollen.

## MEHR GELD, WENIGER DARLEHENSLAST

Von den Neuregelungen beim Unterhaltsbeitrag profitieren Fortbildungsteilnehmer/-innen mit Kindern:

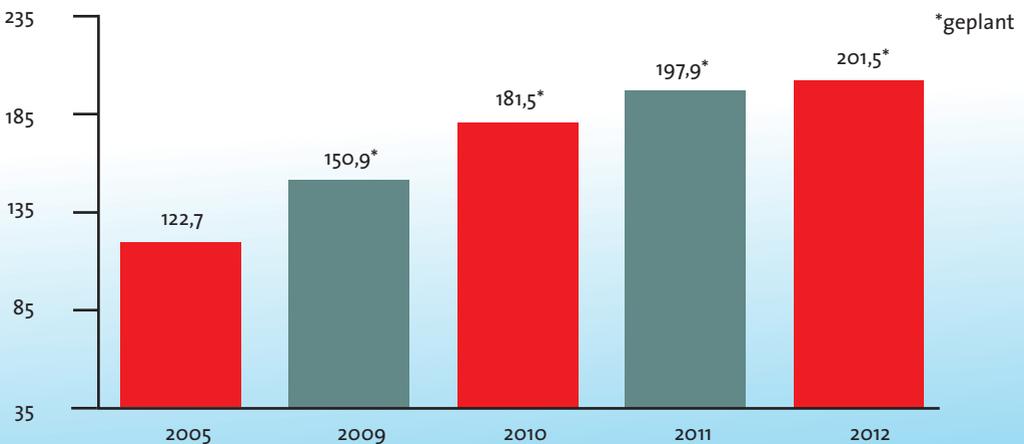
- So steigt beispielsweise der Höchstsatz für den Lebensunterhalt bei Alleinstehenden mit einem Kind von 854 Euro auf 885 Euro pro Monat. Davon werden künftig 334 Euro statt bisher 229 Euro als Zuschuss gewährt, der nicht zurückgezahlt werden muss.
- Bei Verheirateten mit zwei Kindern steigt der Höchstsatz für den Lebensunterhalt von 1.248 Euro auf 1.310 Euro pro Monat. Davon werden künftig 439 Euro statt bisher 229 Euro als Zuschuss gewährt, der Darlehensanteil sinkt entsprechend.

Im Ergebnis heißt das: mehr Geld, weniger Darlehenslast.

Erfolg wird zusätzlich belohnt: Bei bestandener Abschlussprüfung erhöht sich der Zuschuss zu den Maßnahmekosten um bis zu 1.777 Euro – die Darlehenslast sinkt in gleicher Höhe.

Bund und Länder wenden für die Verbesserungen in den kommenden vier Jahren rund 272 Millionen Euro zusätzlich auf, wovon der Bund rund 212 Millionen Euro (78 %) trägt.

## MEISTER-BAFÖG-AUSGABEN DES BUNDES (IN MILLIONEN EURO UND PROZENT)



Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

## **BERUFSAUSBILDUNG**

Das klare Ziel jeder verantwortungsbewussten Ausbildungspolitik muss sein, alle Menschen, die wollen, in Ausbildung zu bringen. Dazu gehört, die Probleme am Ausbildungsmarkt klar zu benennen, entschlossen zu handeln, benachteiligte Jugendliche wirkungsvoll zu unterstützen und den Ausbildungsmarkt unabhängig von der Konjunktur zu machen.

Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP im Deutschen Bundestag stehen für eine Berufsbildungspolitik, die die Probleme am Ausbildungsmarkt verschleiern, auf Ausbildung nach Konjunkturlage setzt und die Wirtschaftskrise auf Kosten der Jugendlichen aussitzen will.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht dagegen für eine Politik, die gerade auch in der Konjunkturkrise entschlossen handelt und es ernst meint mit dem Ziel, alle jungen Menschen in Ausbildung zu bringen. Daran kann und wird es mit uns keine Abstriche geben. Die Erfolge am Ausbildungsmarkt in den letzten Jahren zeigen, dass sich konsequente sozialdemokratische Politik für junge Menschen auszahlt.

## **WEITERE INFORMATIONEN**

Eine Übersicht zu allen Themen rund um Ausbildung sowie zu Ausbildungsberufen gibt es hier:

Informationen der Bundesagentur für Arbeit: **[www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)**

Datenbank mit Informationen zu allen Ausbildungsberufen:  
**[www.berufenet.arbeitsagentur.de](http://www.berufenet.arbeitsagentur.de)**

Angebote zu betrieblichen Ausbildungen: **[www.jobboerse.arbeitsagentur.de](http://www.jobboerse.arbeitsagentur.de)**

Informationen zum Thema Ausbildung, Berufswahl und Bewerbung:  
**[www.planet-beruf.de](http://www.planet-beruf.de)**

Angebote zu schulischen Ausbildungen: **[www.kursnet.arbeitsagentur.de](http://www.kursnet.arbeitsagentur.de)**

Kommunikations- und Informationssystem Berufliche Bildung (KIBB):  
[www.kibb.de](http://www.kibb.de)

Alles rund um Ausbildung: [www.bmas.de](http://www.bmas.de)

Über den Ausbildungsbonus informiert das Bundesarbeitsministerium hier:  
[www.ausbildungsbonus.bmas.de](http://www.ausbildungsbonus.bmas.de)

## AUFSTIEGSFORTBILDUNG

Durch die Reform des Meister-BAföG wird die Aufstiegsförderung deutlich attraktiver, leistungsfähiger und wirkungsvoller. Nach der großen Meister-BAföG-Novelle unter Bildungsministerin Edelgard Bulmahn von 2002 trägt auch diese zweite Novelle die prägende Handschrift der SPD. Es ist gelungen, das Meister-BAföG zu einem echten „Aufstiegs-BAföG“ im Bereich der beruflichen Bildung weiterzuentwickeln. Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, die Zahl der Geförderten bereits mittelfristig um mindestens 50 % zu steigern.

## WEITERE INFORMATIONEN

Beratung und Förderanträge erhalten Fortbildungswillige in der Regel bei den kommunalen Ämtern für Ausbildungsförderung der Kreise und kreisfreien Städte. Die Adressen der zuständigen Ämter für Ausbildungsförderung vor Ort können über folgenden Link abgerufen werden:

[www.meister-bafoeg.info/de/102.php](http://www.meister-bafoeg.info/de/102.php)

Ausführliche Informationen zum Meister-BAföG gibt es unter:

[www.meister-bafoeg.info](http://www.meister-bafoeg.info)

